

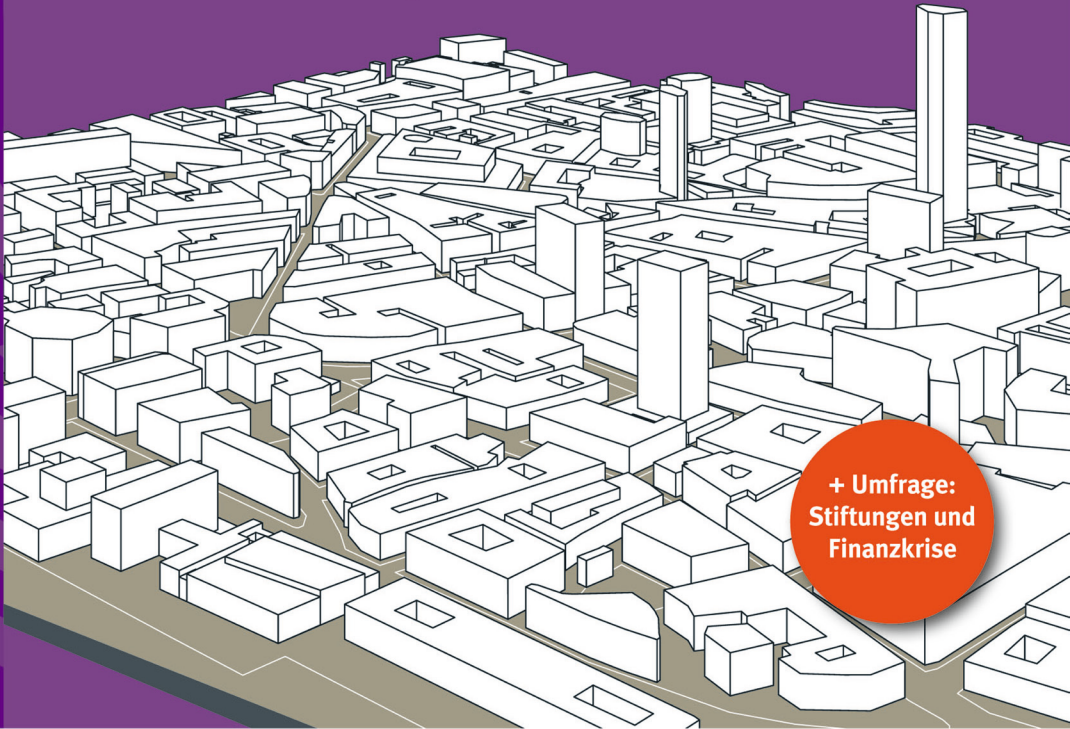
Wer, wie was:
Akteure
in der Stadt

Wachstum war gestern:
Antworten auf den
demografischen Wandel

Grün, energieeffizient,
ressourcenschonend:
Die Stadt der Zukunft

Stiftungs Report 2010/11

*Stadt trifft Stiftung:
Gemeinsam gestalten vor Ort*



+ Umfrage:
Stiftungen und
Finanzkrise

Inhalt

EDITORIAL

Die Stadt lebt8

KAPITEL 1

Wer, wie, was: Akteure in der Stadt 14

KAPITEL 2

Wachstum war gestern: Antworten auf den
demografischen Wandel in den Städten30

KAPITEL 3

Grün, energieeffizient, ressourcenschonend:
Die Stadt der Zukunft42

DAS INTERVIEW

30 Gedanken zum Thema Stadt62

KURZPORTRÄTS70

KAPITEL 4

Stiftungen und Finanzkrise: eine repräsentative Umfrage76

KAPITEL 5

Engagement in Zahlen94

SERVICETEIL 112

Anmerkungen und Literatur 119

KAPITEL 1

Wer, wie, was: Akteure in der Stadt

Seitdem die Fünf-Prozent-Hürde in vielen Kommunen gefallen ist, haben parteiunabhängige Gruppen und Einzelpersonen reelle Chancen, in die Stadträte einzuziehen. Auch außerhalb der Parlamente können Bürger die Politik in den Parlamenten inzwischen direkt beeinflussen. Inzwischen haben alle Länder Regelungen für Bürgerentscheide oder Bürgerbegehren geschaffen.¹³ „Der Einfluss von Bürgern auf die lokale Politik ist formell in den letzten beiden Jahrzehnten gestiegen“, schreiben die Stadtsoziologen Häußermann, Läßle und Siebel.¹⁴ Der Verwaltungsjurist und Sozialwissenschaftler Helmut Wollmann spricht gar von einer „partizipatorischen Revolution.“¹⁵ Nie sei die Möglichkeit für Bürger, jenseits der normalen Wahlen Einfluss auf die Entscheidungen in der Stadt zu nehmen, so groß gewesen wie heute. Und sie beteiligen sich – wenn auch nicht immer im Sinn derjenigen, die gerade das politische Zepter in der Hand haben, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung festgestellt hat: „Das Bürgerbewusstsein ist heute bis weit in die gesellschaftliche Mitte so weit entwickelt, mit Selbstbewusstsein ausgestattet und politikskeptisch geprägt, dass sich wohlverstandenes Interesse, Unverständnis, Ärger oder Wut schnell organisieren.“¹⁶

„Wer Zukunft gestalten will, muss sich einmischen.“

... schreibt Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.¹⁷ Bürgerbeteiligung als feste Größe einer kommunalen Demokratie ist bisher nur punktuell verbreitet und hängt meist vom Engagement Einzelner bzw. kleiner Gruppen ab. Auch im Alltag von Politik und Verwaltung ist die Idee der Mitbestimmung oft noch nicht angekommen. Hier setzen Stiftungen an: Die Bürgerstiftung Bremen hat die Vision einer Bürgerstadt. Die Stiftung hilft den Bremern bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte und Pflichten wie der Erweiterung von Entscheidungsmöglichkeiten. Rund um das Thema „Demokratie von unten“ informiert auch der „Wegweiser Bürgergesellschaft“¹⁸, ein Projekt der Stiftung MITARBEIT. Anknüpfend an bestehende Vernetzungsstrukturen, bietet er innerhalb der Informationsfülle zur Bürgerbeteiligung eine schnelle Orientierung. Die Stiftung Bürgermut versteht sich als „Informationsbroker für neues Bürgerengagement“.

Klassische Akteure der städtischen Politik sind die politischen Gremien, die die Stadtpolitik bestimmen, und die öffentliche Verwaltung, die diese umsetzen soll. Hinzu kommen Unternehmen sowie Verbände und Institutionen aus Wirtschaft und Gesellschaft wie Handelskammern, Gewerbevereine, Stiftungen, Naturschutzverbände und andere Organisationen, die den Meinungsbildungsprozess in den Stadträten aktiv begleiten.

Doch die Bedeutung von festen Institutionen und Verbänden nimmt in einer sich immer individueller organisierenden Gesellschaft ab. Stattdessen rücken nun neue Bündnisse wie projektbezogene Initiativen und selbst der einzelne Bürger in den Fokus, auch weil die Politikbeteiligungsprozesse in den vergangenen Jahren durchlässiger geworden sind.



Diese Entwicklungen begleiten auch Stiftungen. Zum Beispiel die Stiftung MITARBEIT, die seit viele Jahren Bürgerinitiativen Starthilfe gibt: „Sie möchte Menschen ermutigen, Eigeninitiative zu entwickeln und sich an der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben zu beteiligen. Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft bereit sind, sich einzumischen und

demokratische Mitverantwortung zu übernehmen, kann Demokratie lebendig werden.“¹⁹ Seit 1991 hat die Stiftung MITARBEIT bereits über 1.000 Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen mit Zuschüssen geholfen ihre Anliegen auf den Weg zu bringen.

Die Neuinszenierung öffentlichen Raums: Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis

Seit Jahren lässt sich in europäischen Städten beobachten, dass zivilgesellschaftliche Akteure öffentlichen Raum neu inszenieren und interpretieren. Die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis ist diesen urbanen Phänomenen in Werkstattgesprächen auf den Grund gegangen und hat eine Vielzahl imposanter Beispiele zusammengetragen: den Verein Green City in München, der unter anderem den motorisierten Individualverkehr in Städten reduzieren will. Die Kulturfabrik Moabit in Berlin, die Veranstaltungsort für Theater und Konzerte sowie Heimstätte zahlreicher Vereine ist. Die Hochhaussiedlung Bremen-Tenever, die als milieuübergreifender Wohnraum gedacht war und ein Auffangbecken für Arme wurde, dafür aber eine partizipative Tradition entwickelt hat, in der eine Stadtteilgruppe ein öffentliches Forum bietet. Das Veranstaltungsformat der Werkstattgespräche inspiriert und unterstützt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure.

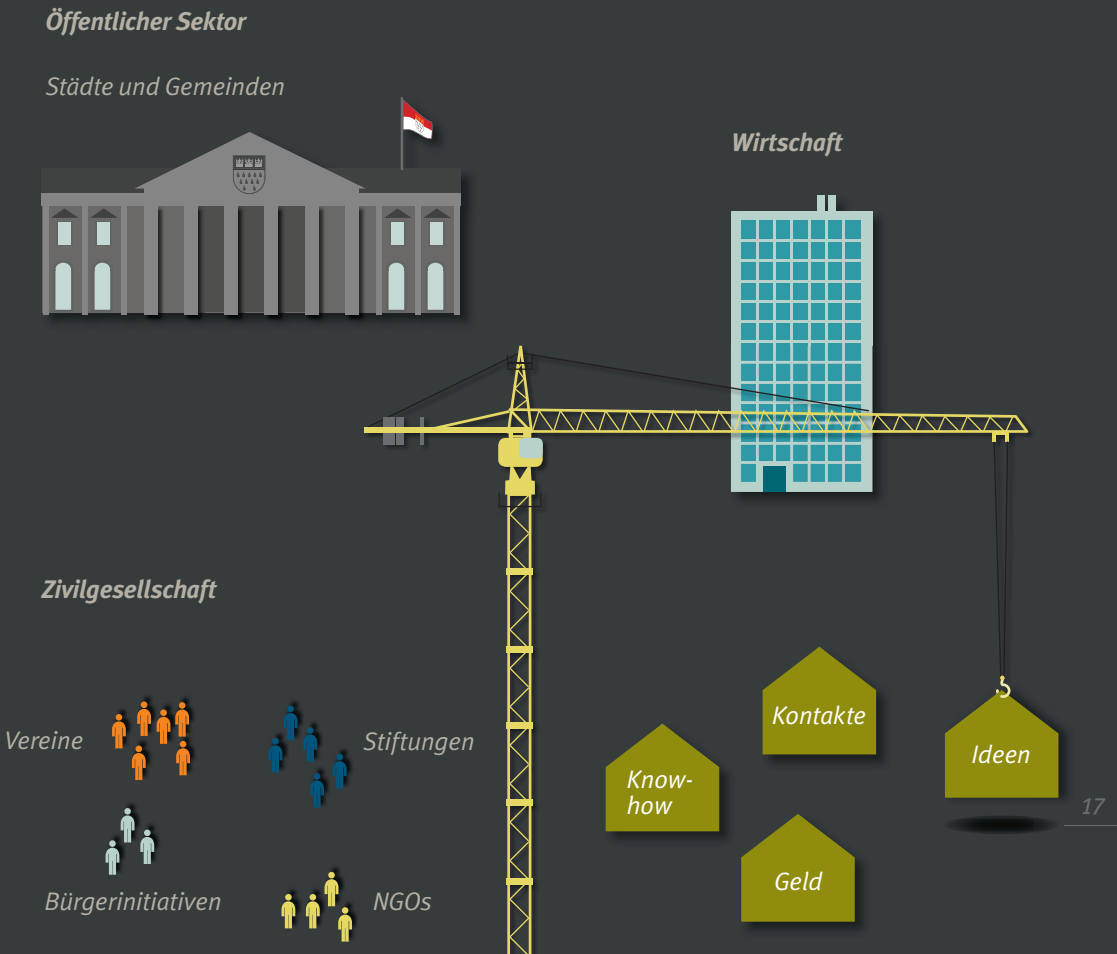
Ihren Schwerpunkt legt die Stiftungsgemeinschaft aber auf den Unterhalt Offener Werkstätten. An Orten wie dem Haus der Eigenarbeit in München können sich die Besucher handwerklich betätigen und künstlerisch ausdrücken. Die Stiftungsgemeinschaft unterhält ein Netzwerk der Offenen Werkstätten, gibt Hinweise, organisiert Fortbildungen und macht Öffentlichkeitsarbeit für dieses Modell des Selbermachens.

Ein weiteres Förderprojekt ist die unselbständige Stiftung Interkultur, die innovative zivilgesellschaftliche Beiträge von Migrantinnen und Migranten mit Nachhaltigkeitsbezug fördert und erforscht. Darüber hinaus fungiert die Stiftung Interkultur als Koordinierungs- und Servicestelle des Netzwerks Interkulturelle Gärten. Sie berät, organisiert Informationsveranstaltungen und unterstützt interkulturelle Gartenprojekte finanziell. Diese Gärten sind eine Plattform für ein Miteinander von Deutschen und Migranten und ein erfolgreicher Integrationsmotor.

Kooperative Stadtplanung

Als viel versprechende Antworten auf die Herausforderungen von Städten gelten zunehmend Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die verschiedenen Akteure bringen ihre spezifischen Kompetenzen ein und entwickeln Lösungen, die die Lebensqualität in den Städten verbessern.

Stiftungen nehmen wie andere zivilgesellschaftliche Akteure dabei verschiedene Rollen ein. Sie sind Ideen- und Geldgeber, Anstifter von Initiativen und Vermittler für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort. Ihre Rolle als Moderator wird künftig immer wichtiger werden in der Diskussion um die Zukunft unserer Städte.



Leere Städte – ältere Städte

Seit 2003 schrumpft die deutsche Bevölkerung das erste Mal seit Gründung der Bundesrepublik. Nach unterschiedlichen Szenarien wird die Bevölkerung in Deutschland in den kommenden 50 Jahren um bis zu 20 Prozent abnehmen.²⁰ Gleichzeitig wird die Gesellschaft immer älter. „Allein im Zeitraum 1995 bis 2005 hat die Zahl der Einwohner über 64 Jahre in der Bundesrepublik um ein Viertel zugenommen“, schreibt Jörg Pohlan im Jahrbuch StadtRegion 2007/2008.²¹

„Die deutschen Städte werden sich vier großen Entwicklungen stellen müssen“, sagt Hartmut Häußermann. „Die Bevölkerung wird schrumpfen, sie wird älter, sie wird bunter und differenzierter und die sozialen Konflikte zwischen Arm und Reich werden sich verschärfen.“²² Die Städte von heute stehen also vor dramatischen Veränderungen. Ihnen mit den Instrumenten und Politikansätzen von gestern begegnen zu wollen, wird nicht funktionieren. Es braucht neue Lösungen, um den gestiegenen Anforderungen und auch den wachsenden Bedürfnissen vieler Bürger nach Mitgestaltung gerecht zu werden.

Voraussetzungen für städtisches Handeln

Städte finanzieren sich aus Steuereinnahmen, Abgaben, die Bürger und Unternehmen für städtische Dienstleistungen bezahlen, und Zuschüssen aus Landes-, Bundes- oder EU-Töpfen. Als schwächster Part in der Steuergemeinschaft mit Bund und Ländern haben sie kaum Stellschrauben, um höhere Einnahmen zu generieren. Es sei denn, sie können sich im Wettstreit um die Ansiedlung von Unternehmen gegen andere Städte und Regionen durchsetzen und ihre Gewerbesteuererinnahmen maximieren.

„Alle Städte und Regionen unterliegen einer immer härteren wirtschaftlichen Standortkonkurrenz, und zwar gleichermaßen global, EU-weit, national und regional, speziell auch in der Stadt-Umland-Beziehung“, hat die Heinrich-Böll-Stiftung beobachtet.

„Während in vielen Städten der Prozess der Deindustrialisierung durch Produktspezialisierungen, innovative Technologien und neue urbane Dienstleistungen kompensiert werden kann, steigt andererseits die Zahl der Städte, die keine selbst tragende Wirtschaftskraft mehr haben oder sie durch Unternehmensentscheidungen plötzlich verlieren könnten.“²³

Städte und Kommunen werden sich auf finanziell schwierige Zeiten einstellen müssen, zumal sie die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise besonders spüren. Allein in den ersten drei Quartalen 2009 haben die deutschen Kommunen 6,7 Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht – im Jahr zuvor konnten sie im gleichen Zeitraum 5,6 Milliarden Euro Überschuss erwirtschaften.²⁴

Viele Städte werden die Gebühren erhöhen und die Kosten senken müssen. Hundesteuern, Gewerbesteuern oder Kindertagesstättengebühren steigen, während Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater vielleicht schließen müssen – wenn nicht kommunale Gruppen vor Ort die Initiative ergreifen und neue Finanzierungs- und Umsetzungsmodelle entwickeln. „Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte hinterlässt in städtischen Lebenswelten zunehmend sichtbare Spuren“, sagt die Hamburger Stadtsoziologin Ingrid Breckner. „Schnäppchenmärkte, Schließungen von Schulen, Bädern und sozialen Einrichtungen, ungepflegte Grünflächen, triste Plätze, vernachlässigte Bausubstanz, holprige Straßen und Wege, Bettler und Obdachlose offenbaren die klaffenden Lücken des ehemals investitionsfähigen Wohlfahrtsstaates.“²⁵ Viele Kommunen und Städte sehen sich heute in einer Situation, in der sie den Pflichtaufgaben finanziell kaum noch nachkommen können – freiwillige Leistungen für Kultur, Bildung oder Soziales bleiben da manchmal ganz auf der Strecke.

Manche Kommunen denken in knappen Zeiten über alternative Finanzierungsinstrumente nach, zum Beispiel das kommunale Leasing, um sich größere Handlungsoptionen zu erschließen. Doch letztendlich können strukturelle Finanzlücken so nicht geschlossen werden. Und manchmal gibt es ein böses Erwachen wie zum Beispiel beim Cross-Border-Leasing. Zumal es dort oft zu massiven Protesten in der Bevölkerung gekommen ist.

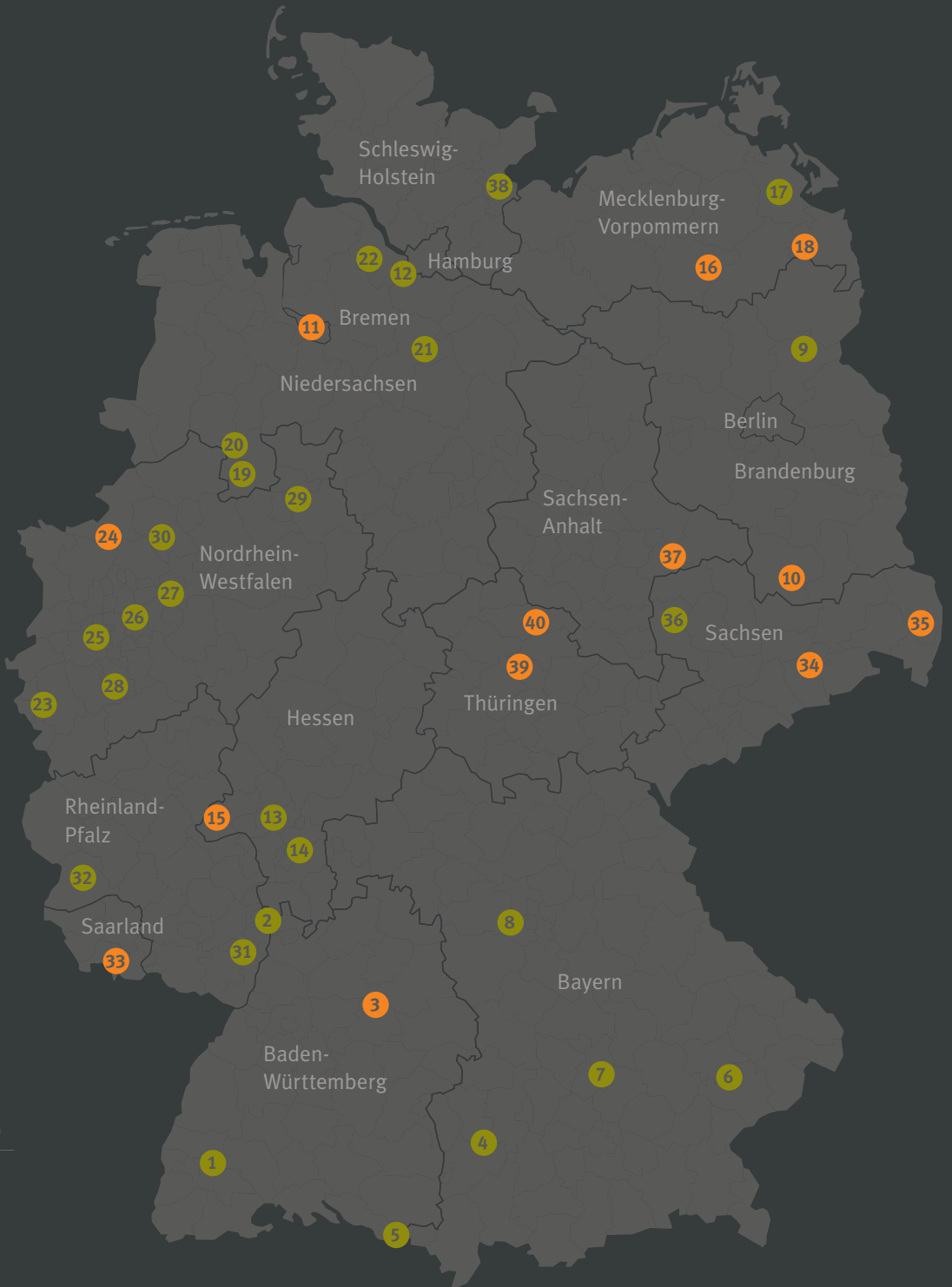
Auch der demographische Wandel leert die Kassen. Nach Untersuchungen in Essen, Stuttgart und Nürnberg kostet die Abwanderung eines Steuerpflichtigen zwischen 800 bis 2.000 Euro jährliche Steuereinnahmen.²⁶ Die Kosten der öffentlichen Infrastruktur bleiben trotzdem.

Lernen vor Ort: Bund, Länder, Kommunen und Stiftungen engagieren sich in einer einzigartigen Partnerschaft

Der offizielle Startschuss für das bundesweite Programm „Lernen vor Ort“ fiel im November 2009. Ziel des Kooperationsprojektes ist es, Kommunen zu hervorragenden Bildungsstandorten zu entwickeln, an denen die Bürger von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung eine erfolgreiche Bildungsbiographie durchlaufen können. Dabei soll auch die Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der öffentlichen und privaten Bildungsangebote überwunden werden. Insgesamt 106 deutsche Stiftungen übernehmen Patenschaften im Rahmen von „Lernen vor Ort“. Sie unterstützen 40 ausgewählte Kommunen, denen sie ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen im Management erfolgreicher Bildungsprojekte, in der Prozessberatung und der Entwicklung innovativer Ideen jenseits von kommunalem Zuständigkeitsdenken zur Verfügung stellen. Ihre Expertise bieten die Stiftungen für die Dauer von drei Jahren an. Stiftungen mit fokussierter thematischer Ausrichtung wie beispielsweise die Heranführung an Naturwissenschaften übernehmen „Themenpatenschaften“ für ihre Kommunen. Maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des Programms hatte die Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt, deren Geschäftsführer Roland Kaehlbrandt gern als „Spiritus rector“ von „Lernen vor Ort“ bezeichnet wird. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Europäische Sozialfonds haben insgesamt 60 Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung gestellt.*

* <http://www.lernen-vor-ort.info>

Lernen vor Ort: Bund, Länder, Kommunen und Stiftungen engagieren sich in einer einzigartigen Partnerschaft



-  *Einzelvorhaben*
-  *Verbundvorhaben*

Teilnehmende Kommunen

-  1 Stadt Freiburg im Breisgau
-  2 Stadt Mannheim
-  3 Rems-Murr-Kreis
-  4 Stadt Kaufbeuren
-  5 Landkreis Lindau
-  6 Landkreis Mühldorf am Inn
-  7 Landeshauptstadt München
-  8 Stadt Nürnberg
-  9 Landkreis Barnim
-  10 Landkreis Elbe-Elster
-  11 Freie Hansestadt Bremen
-  12 Freie und Hansestadt Hamburg
-  13 Stadt Frankfurt am Main
-  14 Stadt Offenbach
-  15 Rheingau-Taunus-Kreis
-  16 Landkreis Müritz
-  17 Landkreis Ostvorpommern
-  18 Landkreis Uecker-Randow
-  19 Stadt Osnabrück
-  20 Landkreis Osnabrück
-  21 Landkreis Soltau-Fallingb. (für die StädteRegion Aachen)
-  24 Kreis Borken
-  25 Stadt Duisburg
-  26 Stadt Essen
-  27 Stadt Herne
-  28 Stadt Köln
-  29 Kreis Lippe
-  30 Kreis Recklinghausen
-  31 Stadt Speyer
-  32 Stadt Trier
-  33 Regionalverband Saarbrücken
-  34 Landeshauptstadt Dresden
-  35 Landkreis Görlitz
-  36 Stadt Leipzig
-  37 Stadt Dessau-Roßlau
-  38 Hansestadt Lübeck
-  39 Stadt Erfurt
-  40 Kyffhäuserkreis

Beteiligte Stiftungen

Achterkerke Stiftung für Kinder
 Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
 Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung
 Bertelsmann Stiftung
 Breuninger Stiftung
 Bürgerstiftung Duisburg gemeinnützige AG
 DBU – Deutsche Bundesstiftung Umwelt
 Deutsche Bank Stiftung
 Deutsche BP Stiftung
 Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gGmbH (DKSJ)
 Deutsche Telekom Stiftung
 Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG
 Freudenberg Stiftung
 Haspa Hamburg Stiftung
 Hertener Bürgerstiftung
 Körber-Stiftung
 Medienstiftung der Sparkasse Leipzig
 Peter Gläsel Stiftung
 Possehl-Stiftung
 Randstadt Stiftung
 RheinEnergieStiftungen
 Roland Berger Stiftung
 Schader-Stiftung
 Software AG-Stiftung
 Stiftung Bildung & Handwerk
 Stiftung Bildung für Thüringen
 Stiftung der deutschen Wirtschaft e.V.
 Stiftung Haus der kleinen Forscher
 Stiftung IBZ St. Marienthal
 Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main
 Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe
 TUI Stiftung
 Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH
 VolkswagenStiftung

Die Renaissance weniger Städte

Wenige andere Städte profitieren. Zentraler Grund für die „Renaissance der Städte“²⁷ ist der Umbruch der Arbeitswelt von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Einkommensstarke Mittelstandsfamilien konnten sich bis in die 90er-Jahre sicher sein, dass ein Ernährer, meistens der Mann, ausreicht, um die Familie zu versorgen. Wer es sich leisten konnte, zog ins Eigenheim in die ruhigen Speckgürtel der Städte, und so wurden viele Innenstadtviertel zu Quartieren der so genannten A-Gruppen: Arbeitslose, Arme und Ausländer.²⁸

Spätestens seit Mitte der 90er ist dieser jahrzehntelange Prozess der Suburbanisierung vorbei. Heute fordert die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft Rundum-Verfügbarkeit und Flexibilität am Arbeitsplatz. Statt lebenslanger, sicherer Beschäftigung in einem Unternehmen arbeiten immer mehr Menschen in immer mehr Branchen projektbezogen in unsichereren Arbeits- und Einkommensverhältnissen. „In dieser neuen urbanen Arbeitsgesellschaft verflüssigt sich die traditionelle Trennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit.“²⁹ Auch der Mann als einziger Ernährer der Familie hat vielfach ausgedient. Heute wollen viele Frauen arbeiten – und viele müssen auch zum Familieneinkommen beitragen. Kinder, Eigenheim und Arbeitswege unter einen Hut zu bringen, funktioniert oft nur noch in urbanen Regionen.

Die neuen Beschäftigungsformen mit ihren Herausforderungen sind mit einem Lebensmittelpunkt außerhalb der Städte kaum zu vereinbaren. Das gilt gerade auch für Familien, in denen beide Elternteile arbeiten und beide Arbeitswege zurücklegen müssen. „Dienstleistungen werden heute rund um die Uhr nachgefragt, der industriell geprägte ‚Normalarbeitstag‘ wird vom Standard

der allzeitigen Verfügbarkeit abgelöst“, schreibt die Darmstädter Schader-Stiftung, die sich dem Thema des Wohnwandels widmet. „Die permanente Dynamik der Städte wirkt auch auf die Wohnviertel; hier bestimmen nicht mehr Industrieschichten den Alltagstakt und das Lebensgefühl, sondern die Bewohner arbeiten zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten und bekommen sich unter Umständen nie zu Gesicht.“³⁰ Das muss nicht heißen, dass aus den Quartieren gesichtslose Viertel werden, in denen die Nachbarn nichts mehr voneinander wissen. Es gibt genug Beispiele, wo neue Beziehungsformen zwischen den Bewohnern entstehen – die Schader-Stiftung listet von Itzehoe bis Frankfurt mehrere auf. In Itzehoe hat der vernetzte Stadtteil Klosterforst den Anspruch, qualifizierte Arbeit, Kinderbetreuung und lebenswerten Wohnraum zu vereinen.³¹

Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft – diesen Umbruch beschreibt der US-amerikanische Ökonom und Sozialwissenschaftler Richard Florida mit dem Begriff der Creative Cities. Er spricht von den drei Ts, um die sich die Städte der Zukunft bemühen müssen, wenn sie die Kreativen als Leistungsträger der Gesellschaft in ihren Städten anziehen wollen: Talente, Technologie und Toleranz. „Städte ohne Homosexuelle und Rockbands verlieren das Rennen um die wirtschaftliche Entwicklung“, sagt Florida.³²

Was beileibe nicht heißen kann, dass alle Städte so werden wollen oder sollen. Manche Städte wie zum Beispiel Halle oder Arnshausen verstehen sich als seniorenfreundliche Orte, viele Kommunen wie Amtzell in Baden-Württemberg schaffen Netzwerke zwischen den Generationen, andere wie Pulow in Mecklenburg-Vorpommern stellen Idealismus und Begeisterungsfähigkeit in den Mittelpunkt ihrer Kommunalstrategie.

Kommunen als Stiftungsverwalter: Die kommunalen Stiftungen

In Deutschland sind mehr als 2.000 Stiftungen und Treuhandstiftungen kommunal verwaltet. Die ältesten kommunalen Stiftungen sind die sogenannten Spitalstiftungen, wie zum Beispiel die Stiftung Vereinigte Pfründehäuser in Münster aus dem Jahr 900, die St. Nicolai-Spital-Stiftung in München aus dem Jahre 1150 oder die Heiliggeistspitalstiftung in Freiburg aus dem Jahre 1255. Schon zu Beginn des 10. Jahrhunderts widmeten sie sich der Waisen-, Kranken- und Altenpflege und zählen oftmals bis heute zu den größten Trägern sozialer Einrichtungen in Städten und Kommunen.

Zu den kommunalen Stiftungen gehören laut Definition alle Stiftungen, deren Stiftungszweck zum Aufgabenbereich einer kommunalen Gebietskörperschaft gehört (z.B. Gemeinde, Kreis) und von dieser in der Regel verwaltet wird. Die Tätigkeit der Stiftung kommt der Kommune bzw. der in ihr lebenden Bevölkerung zugute. Es kann sich dabei um rechtlich selbständige und unselbständige Stiftungen handeln, die von privater oder öffentlicher Hand errichtet wurden. Das Stiftungsvermögen wird treuhänderisch und getrennt vom kommunalen Vermögen verwaltet. Vertrauen in die kommunale Vermögensverwaltung und die Möglichkeiten, bereits bestehende Ressourcen nutzen zu können, anstatt eigene Verwaltungen aufzubauen, sind weitere Gründe, warum sich Stiftungen in kommunale Obhut begeben.

Der Arbeitskreis Kommunales des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen hat im Jahr 2003 Empfehlungen für die Verwaltung kommunaler Stiftungen erarbeitet und seit dieser Zeit immer wieder weiterentwickelt. Darin kommt die Notwendigkeit zum Ausdruck, dass der Stifterwillen für die Kommune bindend ist und die Stiftungszwecke satzungsgemäß verwirklicht werden. Die Stiftungsverwaltung arbeitet eigenständig und bleibt in weltanschaulicher und parteipolitischer Sicht neutral – die Stiftungen sind offen und transparent. Es bedarf einer angemessenen sachlichen und personellen Ausstattung. Die kommunale Stiftungsverwaltung kann sich Personal- und Sachaufwendungen aber von den verwalteten Stiftungen erstatten lassen.

Viele kommunale Stiftungen sind Sozialstiftungen. Wie viele Stiftungen einer Stiftungsverwaltung unterstehen ist unterschiedlich. So vereinigt zum Beispiel die eigenständige Stiftungsverwaltung Freiburg sechs Stiftungen unter ihrem Dach. Sie zählt damit zu den größten Trägern sozialer Einrichtungen und Fördermaßnahmen in der Stadt Freiburg im Breisgau. In Münster werden zehn Stiftungen städtisch verwaltet, darunter sechs rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Die Stadt Göttingen verwaltet fünf Stiftungen, die vom Fachbereich Finanzen betreut werden. Die Stadt München gehört mit mehr als 150 Stiftungen zu den größten kommunalen Stiftungsverwaltern in Deutschland (weitere Statistiken zu kommunalen Stiftungen siehe Kapitel 5, Seite 104-106).

Kalk gestalten

Es gibt beliebtere Gegenden als den rechtsrheinisch gelegenen Kölner Arbeiterstadtteil Kalk. Viele Wohnungen befinden sich in einem mangelhaften Zustand oder stehen leer. Vor allem im nördlichen Teil von Kalk ist das Stadtbild von Armut geprägt. Um das zu ändern, haben im Januar 2010 drei Stipendiatinnen der Montag Stiftung Urbane Räume Quartier in der „Kalkschmiede“ bezogen. Zusammen mit der GAG Immobilien AG, der mehr als 1.000 Wohneinheiten in Kalk gehören, wollen sie das ramponierte Image des Stadtteils verbessern. Kalk zu ändern, ohne Geschichte und Entwicklung zu ignorieren, ist ihr Ziel. Gemeinsam mit den Bewohnern des Viertels, mit Eigentümern und anderen Partnern wie der Bürgerstiftung KalkGestalten wollen sie die Wohn- und Lebenssituation der Menschen aufwerten.

Das Projekt setzt auf zwei Ebenen an: Auf der praktischen Ebene sollen mithilfe verschiedener Partner temporäre und dauerhafte kleine Projekte und Veranstaltungen entwickelt und angestoßen werden, die im Stadtraum sichtbar sind. Auf der wissenschaftlichen Ebene untersuchen die Stipendiatinnen die Chancen und Potenziale von Kalk und machen ihre neugewonnenen Erkenntnisse publik. Durch den Abgleich von Erfahrungen aus anderen Städten identifizieren sie Erfolgsstrategien und übertragen sie gegebenenfalls.

Die 2005 gegründete Stiftung KalkGestalten hat eine ähnliche Zielsetzung: die Lebensqualität im Viertel zu heben. Ihr Ansatz ist pragmatisch: Indem sie Geschäftsleute motiviert hat, Blumenbeete anzulegen, hat die Projektgruppe KalkBlüht zur Verschönerung des Stadtbildes beigetragen. Unter Privatpersonen fanden sich viele Nachahmer. Durch KalkFördert unterstützt die Stiftung mit ihren Vermögenserträgen gemeinnützige Initiativen aus verschiedenen Bereichen, etwa Bildung und Erziehung. KalkKunst integriert einmal jährlich Kunstwerke in den Alltag der Menschen, zum Beispiel in Geschäfte. Ein Rahmenprogramm begleitet die 14-tägige Aktion.

Im südlichen Teil von Kalk tut sich viel: Hier eröffnete im April 2009 das Odysseum Köln, ein Wissenschaftsmuseum, seine Pforten. Es ist ein Geschenk der Sparkasse KölnBonn an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region. Aus Anlass des 175-jährigen Bestehens der damaligen Stadtparkasse Köln wurde 2001 die Stiftung Cologne Science Center gegründet. Sie erarbeitete das Konzept für dieses Zentrum des Erlebens und Wissens mit vielen Partnern und begleitete die Fertigstellung des Projekts.

Trotz leerer Kassen: Handlungsoptionen erweitern

Die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit der kreativen Stadt als Lebensmittelpunkt gilt vielen auch als Chance, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden. „Die kreative Stadt meint dabei mehr als nur ein erfolgversprechendes Rezept zur Ansiedlung von Kreativindustrien, die derzeit zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftssektoren gehören“, schreibt die Heinrich-Böll-Stiftung. „Sie tritt auf als neues Leitbild mit einem umfassenden gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch und verspricht die Versöhnung von Wirtschaftswachstum und sozialer Inklusion, von kulturellem Eigensinn und Profit.“³³

Städte als Kern der gesellschaftlichen Intelligenz, als Orte der Toleranz, wo jede gesellschaftliche Gruppe individuell so leben kann, wie sie es für richtig hält, mit Menschen, die den knappen Lebensraum in den Städten selbstbestimmt mitgestalten wollen – so sieht eine Vision aus, wie die Städte von morgen funktionieren können. „Im aktivierenden Staat werden zivile Subjekte als Kunden, aber auch als diejenigen gedacht, die staatliches Handeln mit gestalten und kontrollieren und die öffentliche Aufgaben eventuell selbst erfüllen“, schreibt Susanne Baer, Professorin an der juristischen Fakultät der Humboldt Universität Berlin. Sie formuliert die Idee der agierenden, aktiven Bürger, die gestalten wollen: „Sie sind daher anders als im Sozialstaat nicht nur Konsumenten, sondern konsumieren und

produzieren zugleich, und sie sind anders als im schlanken Staat nicht nur diejenigen, die das auf Grund ihrer wirtschaftlichen Ressourcen von vornherein können, sondern auch jene, denen der Staat Orte, Ressourcen oder Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen muss, um handeln zu können. Damit werden Private als Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer anspruchsvollen ‚Citizenship‘ konstruiert.“³⁴

Ein Beispiel: Kooperative Stadtplanung in Hamburg

An vielen Orten funktioniert diese Idee der „aktiven Bürgerschaft“ bereits gut – und ist etabliert. Beispiel Stadtplanung: „Das Interesse der Bürger an stadtentwicklungspolitischen Fragen ist in den vergangenen Jahren sehr deutlich gestiegen“, sagt Hans-Peter Boltres, Leiter des Fachamtes für Stadt- und Landschaftsplanung in Hamburg-Nord, einem Bezirk mit gut 300.000 Einwohnern am Rand der Hamburger Innenstadt. Ohnehin seien an einer größeren städtebaulichen Planung bis zu 100 verschiedene Träger öffentlicher Belange beteiligt, vom Tiefbauamt bis zu Naturschutzverbänden. Heute werden in Hamburg-Nord aber auch immer mehr einzelne Bürger und Netzwerke in die Bauplanung vor Ort eingebunden. Soziale Stadtteilentwicklung, öffentliche Rundgänge, Roundtable-Gespräche, Sanierungs- und Stadtteilbeiräte, Planungswerkstätten unter externer Moderation, die zum Beispiel zwischen Bürger und Verwaltung, zwischen Investor und Politik vermitteln – das Instrumentarium ist breit, das die planende Verwaltung dem Bezirk und seinen Anwohnern anbieten kann, zumindest wenn es um Projekte in öffentlicher Verantwortung geht. Bei privaten Investoren ist es zuweilen schwieriger. Aber auch hier kann Stadtplanung kooperativ arbeiten, wenn die Investoren offen

„Die Leute raus – Mieten hoch – bumm – ganz normal Kapitalismus oder wie sagt man“

... so äußert sich ein Interviewter im Dokumentarfilm „Empire St. Pauli – von Perlenketten und Platzverweisen“³⁵. Den Film über Veränderungen und Gentrifizierung auf St. Pauli produzierte die GWA (Gemeinwesenarbeit) St. Pauli. Er wurde 2009 mit dem Hamburger Dokumentarfilmpreis ausgezeichnet. Unter den Filmförderern waren gleich vier Stiftungen: die Elisabeth-Kleber-Stiftung, die SAGA GWG Stiftung Nachbarschaft, die

Stiftung der Wohnungsgenossenschaft von 1904 e. G. – Nachbarn helfen Nachbarn und die Stiftung do.

Eine öffentliche Debatte über die soziale Spaltung Hamburgs initiiert auch die Lawaetz Stiftung zusammen mit weiteren Akteuren aus Wissenschaft und Kirche in der AG soziales Hamburg. Die Wüstenrot Stiftung thematisiert die zunehmende Segregation in Städten mit ihrem Forschungsprojekt „Die Zukunft der Stadtgesellschaften. Durchmischung oder soziale Segre-



1. Vergangenheit als Arbeiterviertel

2. „Schmuddelphase“: Heruntergekommene Häuser dominieren das Stadtbild

gation?“. Und die Bertelsmann Stiftung in der Publikation „Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten“, die Sozialdaten aus 65 Städten und 3.000 Stadtteilen in Deutschland enthält. Zwischen den Polen „Trüffelschweine der Immobilienwirtschaft ... oder Gradmesser für urbane Fortschrittlichkeit und Toleranz?“ bewegte sich im Januar 2010 eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung, ihrer NRW-Landesstiftung sowie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung zum Leitbild der „Kreativen Stadt“.

Gentrifizierung (von engl.: Gentrification) beschreibt die sozialen Umstrukturierungsprozesse durch eine „ambivalente“ Aufwertung des Wohnumfeldes: Niedrige Mieten machen einen Stadtteil für Kreative attraktiv; es entsteht eine Subkultur, die sich etabliert und den Stadtteil populär macht. Investoren entdecken Chancen zur Wertsteigerung und erneuern die verfallene Bausubstanz: Die Mieten steigen und Alt-ingesessene müssen wegziehen.

3. Künstler, Studenten & Co ziehen ein



4. Vermarktung an Besserverdiener



für Dialogprozesse sind. „Heute führt kein Weg mehr an intensiver Partizipation der Quartiersbewohner und transparenter Planung vorbei“, sagt Boltres und meint damit auch, dass der Kreis derjenigen, die sich an der Quartiersplanung beteiligen, größer und kooperativer wird.

Einige Stiftungen haben die gesellschaftliche Relevanz einer kooperativen Stadtplanung erkannt. Wie zum Beispiel die Körber-Stiftung, die mit dem Ideenwettbewerb „Anstiften! 50 Impulse für Hamburg“ die Bürger auffordert, eigene Lösungen für ihre Stadtteile zu entwickeln.³⁶ So sind 66 Partnerschaften zwischen Unternehmen und sozialen Initiativen mit einem Innovationskapital von 660.000 Euro entstanden. Die Stiftung sieht dabei ihre Rolle in der des Vermittlers, da sie sowohl in der Unternehmenswelt als auch im Bereich des sozialen Engagements gut vernetzt ist.

Nürtingen: Modellprojekt Bürgerkommune

„Lehre sie die Sehnsucht von dem weiten endlosen Meer!“ Hannes Wezel weiß, dass es einen langen Atem braucht, wenn man aktive Bürgerschaft wirklich leben will. Auch heute noch. Er ist Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement in der schwäbischen Stadt Nürtingen. Schon 1991 in finanziell komfortablen Zeiten hatte die 40.000 Einwohner zählende Kommune begonnen, ihre Strukturen weg von der klassischen Verwaltungsgliederung hin zur Bürgerkommune zu entwickeln. Herz und Lunge dieser Bürgerkommune ist das gläserne Rathaus – ein umfassend modernisierter Komplex, in dem nicht nur Verwaltung und Stadtrat, sondern auch ein 300 Quadratmeter großer Bürgertreff für die Zivilgesellschaft, ein in-

tegratives Café als Treffpunkt der Nürtinger sowie Geschäfte und sogar Wohnungen angesiedelt sind. Das Rathaus ist kein Ort der Honoratioren, wo nach Dienstschluss das Licht ausgeht. Hier gehen alle Nürtinger ein und aus. Wie gut das funktioniert, zeigt der kostenlos zu mietende Bürgertreff: Jährlich zählt die Gemeinde bis zu 1.700 Belegungen, vom Chor bis zum Initiativentreffpunkt. Seit Ende der 90er setzt die Kommune verstärkt auch auf das Know-how und das bürgerschaftliche Engagement der Nürtinger. 15 kommunale Beteteiligungsforen hat Nürtingen inzwischen gegründet. Themen wie öffentliche Sicherheit, Altenpflegekonzepte oder Jugendpolitik diskutieren die Nürtinger gemeinsam, bevor der Stadtrat einen Beschluss fällt. Selten war Stadtpolitik so transparent wie in Nürtingen.

Für ihr Modell der Bürgerkommune hat die schwäbische Stadt mehrere Preise gewonnen, zuletzt im Dezember den Deutschen Engagementpreis in der Kategorie „Politik und Verwaltung“. Die Bürgerkommune war auch Botschafter des Civitas-Projektes der Bertelsmann Stiftung, in dem ein gutes Dutzend deutscher Städte über mehrere Jahre neue Partizipationsmodelle und Wege auf dem Weg zur bürgerorientierten Kommune ausprobiert hat.³⁷ Der Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement ist sich sicher, dass der Weg der richtige ist. „Für uns als Stadt ist das inzwischen auch ein Standortfaktor“, sagt Hannes Wezel. „Familien ziehen wegen unseres bürgerorientierten Ansatzes nach Nürtingen. Und einer ihrer ersten Wege ist der ins gläserne Rathaus“, fährt er fort.

Ausblick

Es gibt also erprobte Wege, wie sich Städte der Zukunft stellen können – auch in finanziell schwierigen Zeiten. Eine besser ausgebildete Gesellschaft mit mündigen Bürgern verlangt Partizipation, Transparenz und Engagement des Dritten Sektors wie auch der einzelnen Bürger selbst. Es wird den Städten nichts anderes übrig bleiben, als auf diese Ressourcen zurückzugreifen, sie einzuladen und zu mobilisieren und sie immer stärker in Entscheidung und Verantwortung einzubinden. Denn die Herausforderungen in den Städten sind immens. Und sie werden noch einiges dafür tun müssen, um wirklich alle Bürger mitzunehmen: „Öffentlich einflussreiches Bürgerschaftliches Engagement verlangt Fähigkeiten, an denen es insbesondere benachteiligten Bevölkerungsgruppen mangelt“, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung festgestellt. „Eine wesentliche Aufgabe der Engagementförderung besteht darin, die notwendigen individuellen Kompetenzen wie auch die Netzwerkkompetenzen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen zu fördern und zu trainieren.“³⁸

Stiftungen verstehen sich dabei nicht nur als Problemlöser für einzelne Themenbereiche, sondern als Kooperationspartner und Vermittler für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort sowie als impulsgebende Kräfte. Wie zum Beispiel die Siemens Stiftung, die mit ihrem Programm Urban Perspectives auf die Stärkung von Netzwerken in Städten hinwirken möchte. Verschiedene Akteure sollen gemeinsam Lösungswege und replizierbare Projekte entwickeln, um die Lebensqualität in den Städten zu verbessern.³⁹ Oder auch Common Purpose, ein Leadership-Programm, das seinen Ursprung

in Großbritannien hat. Die unter anderem von der Heinz Nixdorf Stiftung und der Robert Bosch Stiftung in Deutschland auf den Weg gebrachte gemeinnützige Organisation stärkt lokale Lebensräume, indem sie Führungskräfte in den jeweiligen Städten an einen Tisch bringt und so neue Handlungsoptionen entwickelt.⁴⁰ Beispiele dafür gibt es in acht deutschen Städten. Auch Bürgerstiftungen oder die stadteigenen kommunalen Stiftungen entwickeln sich stärker als Bindeglied zwischen unterschiedlichen städtischen Akteuren – und drücken damit ihre Bereitschaft aus, neben sozialem Engagement auch gestalterisch tätig zu sein.

Sicher: Hier können Stiftungen durchaus noch aktiver werden. Das Know-how von Stiftungen ist noch nicht ausgeschöpft. Städte, die sich der Gestaltungskraft des Dritten Sektors und der moderierenden Fähigkeit von Stiftungen bewusst sind, schöpfen damit neues Potenzial – das wird in Zeiten knapper Kassen zunehmend wichtiger werden.

